

Und wenn Albrecht den „Faktor Arbeit“ entlasten, sprich: Unternehmern und Beschäftigten die Versicherungsbeiträge erlassen will – wer soll ihn für die derzeit 2,2 Millionen Arbeitslosen aufkommen? Der Staat, sagt Albrecht, über eine um sechs Punkte erhöhte Mehrwertsteuer. Und wer bezahlt die – das Milchmädchen?

Die nötigen Milliarden würden von den Verbrauchern aufgebracht – also, wie gehabt, von den Unter- und den Arbeitnehmern, aber darüber hinaus, anders als jetzt, von den Beamten und vom nicht aktiven Teil der Bevölkerung: von Pensionären, Rentnern und von den Arbeitslosen.

„Für Arbeit gibt es keine Grenzen, wenn sie bezahlt werden kann und die vielfältigen Hemmungen ihrer Durchführung abgebaut werden“ – so George. Auf deutsch: Der ganze soziale Klimbim mit Arbeitsschutzvorschriften für Jugendliche, Frauen, Mütter, Behinderte setzt auf dem Arbeitsmarkt dem sogenannten freien Spiel von Angebot und Nachfrage unnütze Hürden; einkehren soll wieder das Naturrecht des Stärkeren.

Wozu braucht ein Behinderter, vielleicht gar eine Frau, gleichen Lohn wie andere, wozu ein Kranker Lohnfortzahlung?

„Haimo Graf Albrecht“, so die Frankfurter Rundschau“, und andere Anhänger der reinen freien Lehre vergessen, daß die Arbeitnehmer in den letzten drei Jahren das Ihre zur Kostentlastung der Unternehmer gaben: Sie ahmen einen Stillstand, sogar eine Senkung der Realeinkommen hin, ohne hörbares Murren. Es ging ihnen darum, der Wirtschaft, ihren Betrieben, einen Aufschwung möglich zu machen.

Jetzt sollen gerade die Randgruppen und Minderheiten, die Mitbürger mit den geringeren Chancen weiter Verzicht leisten, im Tausch gegen die vage Hoffnung, um 1995 herum – falls die Arbeitslosigkeit sinkt – wieder der sozialen Fürsorge des Staates teilhaftig werden zu dürfen?

Alfred Dregger, so schrieben Zeitungen, die es besser nicht wußten, habe George zur Ordnung gerufen. Tatsächlich äußerte sich Dregger, der die wahren Machtverhältnisse in seiner Partei kennt, durchaus doppelsinnig. Er schrieb George, zur Mahnung und zur Rückentstärkung: „Keiner von uns ist Einzelkämpfer.“ Und: Politikerbeiträge dürfen keinesfalls „die Wähler verwirren“.

Dann bat er den Abgeordneten, nündlich, unter vier Augen, bis zum Tag der Landtagswahlen in Hessen und Bremen am 25. September keine weiteren Erklärungen abzugeben.

Und dann legte er ihm die Hand auf die Schulter und sprach: „George, wir rauchen Sie.“

kannte er: „Der wollte Zimmermann im Regen stehenlassen.“

Nicht nur der. Am Donnerstag voriger Woche mußte der CSU-Minister erleben, wie sich FDP-Sprecher „im Namen der Fraktion“ distanzieren, wie auch der Kanzler ihn in der Bundestagsdebatte mit seiner einsamen Entscheidung allein ließ. Er selbst werde den Hohen Kommissar empfangen, verkündete Kohl dem Plenum, „selbstverständlich“, fügte Genscher in seiner Rede hinzu. „Der hatte eine Gipsmaske“, beobachtete der SPD-Abgeordnete Wilfried Penner, „ein Zeichen, daß ihm nicht wohl zumute war.“

Den inkriminierten Uno-Bericht, der allen Streit auslöste, hatte der Innenminister bis dahin den Abgeordneten noch gar nicht zu lesen gegeben. Sie hätten bei Lektüre des Memorandums und der Stellungnahme des Innenministeriums für das brüske Verhalten Zimmermanns ohnehin keine Erklärung gefunden.

Neben „Polemik und Anmaßung“ rügten die Ministerialen an dem Uno-Report nur „oberflächlich getroffene, ungeprüfte und daher unrichtige Feststellungen in einer Reihe von Fällen“. Von solcher Kritik bleibt das Fazit des Berichts unberührt: Die Deutschen hätten „einzigartige abschreckende Maßnahmen“ gegen Asylsuchende ergriffen.

Und der Leiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Norbert von Nieding, bemängelte in einem Schreiben an Hartling zwar, ein Gespräch mit Uno-Vertretern sei „falsch und absurd“ wiedergegeben worden. Doch er korrigierte nur Marginalien und bestätigte so, was er sonst noch den Uno-Vertretern gesagt hatte: Die Bundesrepublik sei eine „weiße Gesellschaft“, ihre Asylpolitik vornehmlich „ausgerichtet auf Volksdeutsche und dann auf andere europäische Gruppen“.

LEHRSTELLEN

Nichts gewußt

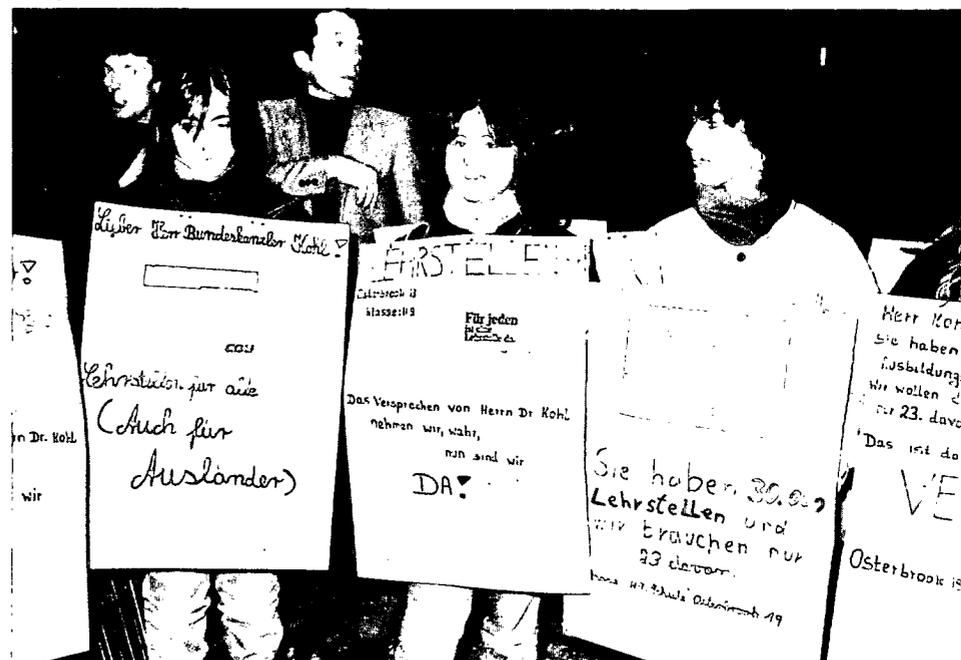
Kanzler Kohl setzt sich schrittweise von seinem Lehrstellen-Versprechen ab: Jetzt sind falsche Berechnungen schuld – und ein Teil der Jugendlichen selber, wenn sie keinen Ausbildungsplatz kriegen.

Bis heute“, zürnte Helmut Kohl, habe der „noch keinen einzigen verwertbaren Vorschlag“ gesehen, wie alle Schulabgänger mit Lehrstellen versorgt werden könnten. „Hier wie in allen anderen Bereichen zeigt sich, daß die Regierung ohne Konzept ist.“

So schimpfte der Oppositionsführer Kohl im August letzten Jahres. Der Kanzler Kohl krepelte dann, kaum im Amt, die Ärmel hoch, wie er es auch von den Bürgern verlangte: Allen Jugendlichen, die „ausbildungswillig und ausbildungsfähig“ sind, versprach er eine Lehrstelle.

Heute möchte Kohl die voreilige Garantie am liebsten vergessen machen: Sie läßt sich kaum erfüllen. Denn Zehntausende von Jugendlichen werden, wie es aussieht, in diesem Jahr auf der Straße bleiben. Allein in Nordrhein-Westfalen suchten im September mehr als 26 000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz.

Die Wut der Enttäuschten bekommt der Kanzler zu spüren, wenn er in den Landtagswahlkämpfen in Hessen oder Bremen über Jugendarbeitslosigkeit redet. Dann werden ihm Schilder mit der Aufschrift „Lehrstellenlüge“ entgegen-gestreckt, zischen ihm Buhrufe und Pfeife in die Ohren. Höhnisch erinnern ihn Jugendliche an die werbewirksame CDU-Parole des letzten Bundestagswahlkampfes: „Kanzler-Initiative



Lehrstellen-Demonstranten (in Hamburg): Pfiife für den Kanzler

Herrliche Zeiten

Die Deutschen und ihr

S. Fischer-Fabian

**Herrliche
Zeiten**
Die Deutschen und ihr
Kaiserreich



DroemerKnaur

... rief General Wrangel, als Wilhelm II. am 27. 1. 1859 geboren wurde. Damit beginnt eine Epoche und S. Fischer-Fabian sein historisches Lesebuch über das viel bewunderte und viel gescholtene Wilhelminische Zeitalter. So spannend kann Geschichte sein...

Der neue S. Fischer-Fabian
Herrliche Zeiten
368 Seiten mit 70 Abb.
Geb. DM 38,-

»Kinder, es ist ein Prinz und ein strammer Rekrut dazu!«



Weitere wichtige Neuerscheinungen von DROEMER KNAUR:

Europa 1913. Morris L. West zeichnet ein gestochen scharfes Bild der damaligen Gesellschaft und ein Portrait zweier ungewöhnlicher Menschen dieser Zeit.
445 Seiten. Geb. DM 38,-

Sandra Paretti erzählt die Geschichte Pavelinos, eines jungen Mannes, dessen Charme keine Frau widerstehen konnte, dessen Leben ein kühnes Abenteuer war.
384 Seiten. Geb. DM 36,-

Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in unsere Tage spiegelt sich hier das Schicksal einer Familie im geteilten Deutschland.
352 Seiten. Geb. DM 34,-

schaft 30 000 Ausbildungsplätze. Für jeden ist eine Lehrstelle da.“

Zwar bieten Industrie und Handwerk tatsächlich mehr Ausbildungsplätze an. Doch auch die 680 000 Lehrstellen reichen bei weitem nicht aus. So krebst der Regierungschef immer mehr vor seinem einstigen Versprechen zurück. Als habe er damit nur noch entfernt zu tun, bedankte sich Kohl im Parlament, daß „die gegebene Zusage der Wirtschaft vom Frühjahr eingelöst wurde“.

Man habe ja „nicht ahnen können“, entschuldigte er sich, daß der Ansturm auf die Lehrstellen in diesem Jahr so groß sein werde. Schließlich sei die Zahl der erwarteten 655 000 Bewerber als eine „auch unter Kritikern weithin gesicherte Zahl“ akzeptiert worden.

Kohl irrt. Schon Ende letzten Jahres stritten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die richtige Prognose für 1983. Im Hauptausschuß des für die Lehrstellenstatistik zuständigen Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) warnten die Gewerkschaften, 272 000 Jugendliche müßten „ohne ausreichende Berufsperspektiven bleiben“, sollten nicht mehr Lehrstellen angeboten werden. Sie rügten die BIBB-Berechnungen, weil jene Jugendlichen nicht berücksichtigt würden, die ihre Ausbildung abbrechen, vorübergehend einen Hilfsarbeiterjob annehmen oder resignieren und sich nicht mehr beim Arbeitsamt melden.

Der Einwand stieß ins Leere. Die Bonner Christdemokraten korrigierten die umstrittenen BIBB-Zahlen sogar noch nach unten. Im Bericht von Bildungsministerin Dorothee Wilms war plötzlich nur noch von 655 000 notwendigen Lehrstellen die Rede, 12 000 weniger als von den Arbeitsämtern errechnet.

Dabei machte die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit schon vor Jahren auf eine „systematische Unterschätzung“ der Nachfrage aufmerksam. Von den offiziellen Statistiken werden nach Meinung von Experten weniger als 90 Prozent der Bewerber erfaßt. Allein zwischen 70 000 und 100 000 Jugendliche bleiben jedes Jahr ohne Ausbildung, weil sie ihre Verträge vorzeitig auflösen. Viele der nicht vermittelten Schüler und Studenten besuchen weiterführende Schulen oder irgendwelche staatlich geförderten Berufspraktika, tauchen aber im nächsten oder übernächsten Jahr bei den Lehrstellenbewerbern auf.

Von all dem, sagt Kohl jetzt, habe er nichts gewußt. Erst möchte er herausfinden, „inwieweit es eine Dunkelziffer aus dem letzten Jahr gab“. Plötzlich will er auch entdeckt haben, daß sich das Ausbildungsverhalten der Jugendlichen verändert habe: Immer mehr Abiturienten würden sich um Lehrstellen bewerben, und immer mehr junge Leute dehnten ihre Ausbildungszeit aus, weil sie keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben.

Seit er fürchten muß, sein Lehrstellen gelöbnis nicht erfüllen zu können, neigt er dazu, die Jugendlichen für das Desa-

ster mitverantwortlich zu machen. Scharfste rügte er jene, die sich bei mehreren Betrieben um eine Lehrstelle bewerben und es versäumen, ihre Doppel-Zusage zurückzuziehen: „Ich finde, dieser Mangel an Solidarität sollte als solcher auch gebrandmarkt werden.“ Bis zu 25 000 Ausbildungsplätze, erzählt Kohl, würden auf diese Weise blockiert.

Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landesarbeitsamtes, Olaf Sund, kann die Bonner Zahlen nicht bestätigen. Obwohl die vom Kanzler unterstützte Lehrstellenbörse der „Bild“-Zeitung jeden belohnt, der eine Lehrstelle frei macht, förderte die Aktion in ganz Nordrhein-Westfalen nur 21 solcher blockierten Ausbildungsplätze zutage.

Vorbei sind die Zeiten, da Kohl es als Oppositionsführer nicht nötig hatte, sich in solche Feinheiten zu verbeißen. Damals noch konnte er schlicht die „verfehlte Wirtschaftspolitik“ der Sozialliberalen verantwortlich machen, in deren Regierungszeit die Zahl der Konkurs sprunghaft zugenommen hätte, Lehrstellen mithin kaputtgemacht worden seien.

Das Argument sticht nicht mehr, denn unter den Christliberalen zog die Zahl der Konkurs noch an: im Vergleich zum Vorjahr um über zwölf Prozent.

HESSEN

Rolle rückwärts

In Hessen haben sich vor der Wahl die Fronten verkehrt: Die SPD übernimmt Forderungen der Grünen, die CDU liegt auf Börners Atomkurs.

Holger Börner ist den Grünen nicht mehr geheuer. Der hessische Ministerpräsident, der den Bau der Frankfurter Startbahn West mit der Dachlatte verteidigen wollte und Kernkraftgegner „weltfremde Sektierer“ schimpfte, sorgt sich jetzt, daß „die Erosion unseren Boden auswischt“ und Atomstrom „im Überfluß produziert“ werden könnte.

Die Alternativen sind verblüfft über die Unbekümmertheit, mit der Börners SPD „uns heute unsere Argumente von gestern unter die Nase reibt“. Bei Wahlveranstaltungen spotteten sie über den sozialdemokratischen Regierungschef: „Unter dem grünen Hemd ist der Börner impotent.“

Walter Wallmann, der Gegenkandidat, befremdet die eigene Partei. Anders als sein Vorgänger Alfred Dregger, der im Wahlkampf mit markigen Sprüchen über „die verfilzten Genossen“ herzog und ihnen Untätigkeit vorwarf („Der Börner macht ja nichts“), schlägt der neue CDU-Bewerber milde Töne an. Der Frankfurter Oberbürgermeister lobt in seinen Reden ausdrücklich „Herrn Börner als aufrechten Demokraten“, und auch den Freien Demokraten, den möglichen Koalitionspartnern, will er nicht „das Gesicht nehmen“.

In der Hessen-CDU, unter Dregger ein straff geführter politischer Kampfverband, gefällt vielen die sanfte Tour des neuen Spitzenmannes nicht. „Der hat wohl keine Lust“, beschwerte sich ein CDU-Kreisbeigeordneter nach einem müden Wallmann-Auftritt in Wiesbaden.

In Hessen, wo am Sonntag ein neuer Landtag gewählt wird, haben die Spitzenkandidaten das Profil gewechselt. Börner hat sich trickreich vom sturen Atom- und Betonpolitiker zum besorgten Umweltschützer gewandelt. Er will ganz unverhohlen „einen wesentlichen Teil der grünen Wähler wiederhaben“. Nur wenn die Sozialdemokraten die



Sozialdemokrat Börner
Trickreich gewandelt

absolute Mehrheit erringen, kann Börner, der „alle Koalitionen satt“ hat, Ministerpräsident bleiben.

Wallmann, der nach Dreggers Scheitern vor einem Jahr nur widerwillig die CDU-Führung übernahm, muß in der Atompolitik seinem Vorgänger folgen, was ihm aus wahltaktischen Gründen gar nicht behagt. Das Umwelt- und Energieprogramm der Hessen-CDU, ganz nach den Vorstellungen des CSU-Innenministers Friedrich Zimmermann ausgerichtet, übertrifft noch Börners ehemals strammen Kernkraftkurs.

Ob nun Wallmann oder Börner siegt – „in Hessen werden die Grünen“, wie die linke „Tageszeitung“ („taz“) prophezeit, „auch nach diesen Wahlen ihre Grenzen erfahren“.

Die „hessischen Verhältnisse“ zumindest, die Abhängigkeit von den Grünen im Parlament, sollen, nach dem Willen



Christdemokrat Wallmann
Stramm auf Atomkurs

beider großen Parteien, am Sonntagabend beendet sein. Seit der letzten Landtagswahl im September 1982 (CDU: 45,6 Prozent; SPD: 42,8; Grüne: 8,0; FDP: 3,1) amtiert Börner nur noch als geschäftsführender Ministerpräsident, bei Parlamentsentscheidungen war er auf die Stimmen der Grünen angewiesen. Als die Grünen sich gegen den Haushalt sperren, entschieden sich die Sozialdemokraten für Neuwahlen.

Behalten die Demoskopen recht, dann wird sich allerdings im hessischen Landtag nicht viel ändern: Die CDU liegt nach den Umfragen vor der SPD, die FDP knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde, die grüne Partei leicht darüber.

Bei einem solchen Wahlausgang wollen die Sozialdemokraten auf einem Sonderparteitag entscheiden, wie in Hessen regiert wird. Zur Auswahl stehen ein Bündnis mit den Grünen, eine Große Koalition oder die Tolerierung eines CDU-Minderheitskabinetts, eine Lösung, so ein SPD-Landtagsabgeordneter, „für die in der Partei zur Zeit die breiteste Stimmung herrscht“.

Damit es dazu erst gar nicht kommt, sollen abtrünnige Wähler (Börner: „Wir brauchen nur 60 000“) zurückgewonnen werden, die vor allem wegen der umweltbelastenden Großprojekte der Landesregierung zu den Grünen gelaufen sind. Was Börners SPD jetzt verspricht, könnte größtenteils aus dem Repertoire der Grünen stammen.

Umweltminister Karl Schneider legte ein langfristiges Programm „Arbeit und Umwelt“ vor, mit dem bundesweit durch Umweltschutz-Investitionen in astronomischer Höhe von 770 Milliarden Mark